

Dass die Hälfte der Wähler der Mitgliedsstaaten die EU-Migrationspolitik kritisch gegenübersteht, ist laut einer neuen Umfrage kaum überrascht. Die Wunde nach der Flüchtlingskrise 2015 und die inneren Tränen zwischen und innerhalb der Mitgliedsländer sind immer noch nicht geheilt. In der EU braucht es eine strenge Migrationspolitik.

Und obwohl der Druck auf Schweden zurückgegangen ist, sind als direkte Folge der notwendigen Politikumgestaltung der Regierung im vergangenen Jahr 1,14 Millionen Asylbewerber in die EU angekommen. Es ist die höchste Zahl seit 2016.

Angesichts der vielschichtigen Probleme, mit denen alle Mitgliedsländer, die in kurzer Zeit viele Menschen aufgenommen haben, zu kämpfen haben, sticht Schweden in dieser Hinsicht als einer der am stärksten Betroffenen heraus, muss der Fokus der EU während des kommenden Mandats weiterhin auf der Stärkung der Außengrenzen der Union liegen Grenzen, um illegaler Menschenwanderung ohne Schutzgründe entgegenzuwirken, aber auch, dass diejenigen, denen kein Asyl gewährt wird, schnell EU-Gebiet verlassen. Ohne gut funktionierende Außengrenzen wird die innere freie Mobilität implodieren, was für alle EU-Staaten ein Misserfolg wäre.

Die EU muss daher ein langfristig nachhaltiges System verfolgen, das die Fähigkeit der Mitgliedstaaten berücksichtigt, die Menschen zu integrieren, die sie empfangen werden. Ohne ein solches System, das in erster Linie garantiert, dass Migration nicht als wirtschaftliche oder soziale Belastung wahrgenommen wird, wird die Unzufriedenheit mit der Politik zunehmen und die Erfahrung mit der Legitimität der Bevölkerung abnehmen. Wie mit Migration und damit auch Integration umgegangen wird, ist eine Schicksalsfrage für Europa - ohne enge Migration sind die Voraussetzungen für das Asylrecht absolut unmöglich. Bei beiden Aspekten müssen sich EU-Politiker in Zukunft beziehen.